Nummer 32 — Berlin, den 6. August 1926 — 38. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O.34, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O.34, Memeler Straße 8/9 (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreigespaltene Zeile.

Ein verfehlter Schiedsspruch.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist zum Verzweifeln. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch breite Mittelschichten sind die Opfer dieser Wirtschaftsmisere, welche Not und Elend als Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik auszubaden haben. Sie alle wären berechtigt, Klage zu erheben gegen jene kapitalistischen Kreise, die aus egoistischen Motiven diese verfehlte Politik befürwortet haben. Alle ihre Klagen jedoch werden übertönt von dem Geschrei jener Kreise, die dieses Wirtschaftselend verschuldet und die immer verstanden haben, zu klagen ohne zu leiden, um durch ihre Klagen zu erreichen, daß der Arbeiterschaft alle gesellschaftlichen Lasten aufgepackt wurden. Daß dem Unternehmertum dies bisher immer gelungen ist, dafür haben schon ihre Sachwalter in den Regierungen gesorgt, zumal wenn die Presse des Unternehmertums und schließlich auch Broschüren zweifelhafter Güte die Oeffentlichkeit bearbeitet hatten. Das Unternehmertum ist um Beweisgründe nie verlegen, wenn es gilt, die „hohen" Löhne, die zu „kurze" Arbeitszeit und die Sozialpolitik als den Sündenbock für die Wirtschaftsmisere zu bezeichnen. Daß die Beweisgründe aus Großvaters Rumpelkammer entnommen sind, macht weiter nichts aus. Der Syndikus des Unternehmerverbandes weiß diese alten Gründe mit Geldsackswissenschaft zu stützen, so daß alle Welt und vor allem die Regierungen vor dieser „Wissenschaft" sich beugen und als neue Heilswahrheit verkünden.

Die Löhne der deutschen Arbeiterschaft sind erheblich niedriger, als der mit Deutschland konkurrierenden Länder. Am niedrigsten sind wohl die Löhne der Textilarbeiter. Die deutsche Textilarbeiterschaft befindet sich deshalb in einer ungeheuren Notlage. Trotzdem behaupten die Unternehmer, die Höhe der Löhne verhindere die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Dabei hat sich der Export derart entwickelt, daß die Ausfuhr an Textilerzeugnissen die Höhe von 1913 erreicht hat. Die Abschlüsse der Unternehmungen in der Textilindustrie im Jahre 1925 zeigen aber auch, daß es der Textilindustrie recht gut gegangen ist, obwohl sie auch im Jahre 1925 die volle Produktionskapazität nicht ausnutzen konnte.

Zu den industriellen Großverdienern gehören besonders die süddeutschen Textilindustriellen. Ein kurzer Ueberblick über die Verteilung der Dividenden beweist dies zur Genüge. So verteilten im Geschäftsjahr 1924/25 die Augsburger Buntweberei, vormals L. A. Rüdinger, Augsburg 15 Proz., Baumwollspinnerei A.-G., Augsburg 15 Proz., Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg 12 Proz., Baumwollspinnerei Senkelbach, Augsburg 10 Proz., Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei, Augsburg 7 Proz., Mechanische Baumwollspinnerei Kolbermoor 10 Proz., Spinnerei und Weberei Pfersee, Augsburg 18 Proz., Spinnerei und Weberei Ettlingen 10 Proz., Süddeutsche Baumwollindustrie A.-G., Kuchen 10 Proz.

Diese ausgeschütteten Dividenden übersteigen das übliche Maß um ein beträchtliches. Trotz alledem klagen die süddeutschen Textilunternehmer das Blaue vom Himmel herab über die schlechten Zeiten. Es ist jedenfalls eine bayerische Eigenart, daß man dreist und gottesfürchtig das Gegenteil von dem behauptet, was tatsächlich ist und daneben als guter Komödiant das ernsteste Gesicht von der Welt dazu macht. Wir verkennen nicht, daß 1926 die Geschäftslage bedeutend schlechter ist als 1925, aber die Textilindustrie ist so gut fundiert, daß sie ohne besondere Schädigung die Krisis übersteht. Natürlich wird die Dividende schließlich etwas niedriger sein. Zu Lohnkürzungen liegt jedenfalls kein Anlaß vor. Wie sehen gegenüber diesen Gewinnen die Löhne der Textilarbeiterschaft aus? Die Spitzenlöhne der männlichen Textilarbeiter betragen in Südbayern 51,5 Pf., die der weiblichen 37,5 Pf. und die Akkorddurchschnittslöhne bewegen sich zwischen 60 und 70 Pf. Stellt man nun noch mit in Rechnung, daß die Textilarbeiterschaft nur 34 Wochenstunden im Durchschnitt arbeitet, so kann man sich leicht ausrechnen, wie hoch das Geldeinkommen eines Textilarbeiters ist. Daß diese Löhne vollkommen unzureichend sind und die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen bitterste Not leiden müssen, darüber braucht man wohl kein weiteres Wort zu verlieren. Beachtet man die Gewinne der Unternehmer im Gegensatz zu den Löhnen der Textilarbeiter, so muß man zu der Auffassung kommen, daß die Löhne zu diesen Gewinnen in keinem Verhältnis stehen. Den süddeutschen Textilunternehmern waren diese Löhne aber zu hoch und sie forderten einen Abbau der Löhne mit dem Hinweis auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Textilindustrie, und tatsächlich, das Landesschlichtungsamt in München hat die außerordentlich ungünstige Wirtschaftslage der Textilindustrie anerkannt und durch Schiedsspruch vom 11. Juli 1926 die Löhne um 3,75 Proz. herabgesetzt. Dankenswerterweise hat das Sozialministerium in München diesen Schiedsspruch als untragbar für die Textilarbeiterschaft angesehen. Durch neue Verhandlungen soll nun erst entschieden werden, wie in Zukunft die Löhne der Textilarbeiter in Süddeutschland aussehen sollen. Die Gründe, die man dem Schiedsspruch beigab, verdienen aber noch, daß sie hier niedriger gehängt werden. Es wird u. a. gesagt:

„So wenig die durch den vorliegenden Schiedsspruch vorgeschlagene Lohnminderung die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage verkennen will, so wenig konnte der Schiedsspruch an der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage der Textilindustrie vorübergehen, die übrigens von den Arbeitnehmervertretern selbst anerkannt wurde. Die Textilindustrie leidet an den verspäteten Auswirkungen der heftigen allgemeinen Wirtschaftskrise und wird deshalb auch mit aller Schärfe von deren Ausstrahlungen erfaßt. Sie wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit in einen Zustand gerissen, den die anderen Industriegruppen im Ablauf mit der wachsenden Krise erlebten. Die Textilindustrie, vor allem die Baumwollindustrie, ist auf ausländische Rohstoffe angewiesen, die zu ihrer Beschaffung Devisen bedürfen, die nur im Wege eines erhöhten Auslandsabsatzes unserer Wirtschaft beschafft werden können. Der innere Markt für Halbzeuge und Fertigwaren leidet unter der allgemeinen Geldknappheit und mangelnden Kaufkraft, der Auslandsmarkt unterliegt heftigster Konkurrenz, wobei noch die Auslandsprodukte den inneren Markt selbst benachteiligen. Unter solchen Umständen ist die Fortführung der Textilbetriebe eine Frage des Kredits, der in reichem Maße in Anspruch genommen werden muß. Diese Kredite sind indes dadurch zu schweren Lasten geworden, als mit ihrer Hilfe wohl die Produktion aufrechterhalten wurde, die fertigen Waren aber keinen Absatz finden. Die erheblich aufgestapelten Lager verursachen durch ihre hohe Verzinsung schwerste Kapitalverluste. Die allgemeine geschäftliche Unsicherheit läßt das Risiko der Fortführung vieler Betriebe deshalb untragbar erscheinen, weshalb auch bereits in größerem Umfange Betriebsstillegungen und Einschränkungen stattgefunden haben.

Diesen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen will der Schiedsspruch Rechnung tragen, um dadurch zu erwirken, daß weitere Einschränkungen nicht ohne zwingende Not erfolgen und einem größeren Kreis von Arbeitnehmern noch Arbeit und Verdienst belassen wird. Dabei geht der Schiedsspruch von der Erwägung aus, daß es wertvollere praktische Sozialpolitik ist, das möglichst an Arbeit und Verdienst zu erhalten, als Erwerbslosenunterstützung zu bezahlen, deren Kosten von einem immer geringer werdenden Teile der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Von einer Regelung der Weberlöhne im einzelnen mußte das Schiedsgericht absehen infolge der sich ergebenden rechnerischen und technischen Schwierigkeiten."

Von irgendwelcher Kenntnis der Textilwirtschaft ist diese Begründung nicht belastet. Wenn der Urheber dieser Begründung nur eine blasse Ahnung von der Textilindustrie und der Textilwirtschaft hätte, dann hätte er diese Aneinanderreihung eines Sammelsuriums von Phrasen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben, unterlassen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß der Beschaffung der Rohstoffe nicht mehr die Schwierigkeiten entgegenstehen, wie in der Zeit der Inflation. Die deutsche Mark gilt heute in der Welt als vollwertiges Zahlungsmittel. Gewiß, der Markwert ist nicht so hoch wie in der Vorkriegszeit, aber sie ist ein konstantes Zahlungsmittel, so daß eine Verteuerung der Rohstoffe, weil sie ausländischen Ursprungs sind, nicht in Frage kommt, sei es denn, daß sie durch die Frachten verteuert werden. Weiter haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Ausfuhr von Textilfertigfabrikaten in der letzten Zeit ständig gestiegen, und ferner, daß die Ueberschwemmung des Innenmarktes mit Auslandsprodukten erheblich zurückgegangen ist. Die Begründung sagt das Gegenteil. Zum anderen ist aber auch darauf hinzuweisen, daß die süddeutschen Textilindustriellen zu den bestfundiertesten der gesamten Textilindustrie gehören. Es mögen Ausnahmen vorkommen, aber dies bleiben eben nur Ausnahmen, die nicht dazu angetan sind, die Löhne eines großen Teiles der bayerischen Bevölkerung herabzusetzen. Der Landesschlichter von München wollte jedenfalls auch nur mit leeren Worten eine schwarze Tat beschönigen. Was in München geschehen, ist Schlichterei im schlimmsten Sinne des Wortes. Mit dieser Lohnkürzung, die durch Schiedsspruch festgelegt ist, würde, wenn sie durchgeführt wird, nichts anderes erreicht, als daß die Kaufkraft der breiten Masse noch weiter verschlechtert wird.

Gerade die zusammengebrochene Kaufkraft des inneren Marktes ist die Ursache der Wirtschaftsmisere. Wahrhaftig, wenn in dieser Weise die Schlichter weiterfahren, den Unternehmerwünschen Rechnung zu tragen, dann wird die deutsche Wirtschaft, sie mag wollen oder nicht, auf den Hund kommen.

Die Sächsische Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1925.

Die Sächsische Textilberufsgenossenschaft in Leipzig veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß für das Jahr 1925. Wie alle anderen Berichte der Sozialversicherungsträger, so enthält auch dieser Bericht nicht nur interessante Angaben über die Entwicklung der Versicherung, sondern auch Zahlenmaterial über das Wirtschaftsleben und die Wirtschaftstätigkeit. Wie schon der Name sagt, erstreckt sich die Berufsgenossenschaft über den ganzen Bezirk des Freistaates Sachsen. Nach den näheren Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung unterliegen ihr sämtliche Textilbetriebe in dem bezeichneten Gebiet.

Die Zahl der versicherten Betriebe betrug im Berichtsjahr 5813. Im Jahre 1913 waren dagegen 8277 Betriebe bei der Genossenschaft versichert. Dieser immerhin bemerkenswerte Rückgang ist auf die Auflösung und Zusammenlegung kleiner und kleinster Betriebe zurückzuführen. Da im Jahre 1924 etwa 5730 Betriebe der Genossenschaft angehörten, ist im Berichtsjahre eine geringe Zunahme der Betriebe zu verzeichnen. Während also auf der einen Seite die Zahl der Betriebe einer stetigen Schwankung nach unten oder oben ausgesetzt ist, ist die Zahl der in den versicherten Betrieben beschäftigten Personen stets gestiegen. Im Jahre 1913 waren 275 289 Personen, im Jahre 1924 304 164 Personen der Versicherung angeschlossen, im Berichtsjahre (1925) ist die Zahl der Personen auf 312 523 gestiegen. Diese Zahlen geben aber kein genaues Bild von der Wirtschaftstätigkeit in der Textilbranche. Die im Berichtsjahre der Versicherung unterworfenen 5813 Betriebe haben nicht alle gearbeitet, sondern nur 4900 von ihnen, die restlichen 913 Betriebe, meist Kleinbetriebe, lagen still oder beschäftigten kein versicherungspflichtiges Personal. Ebenso arbeiteten die obengenannten 312 523 Personen nicht alle voll. Die Zahl der Vollarbeiter betrug nur 257 960. Diese Zahlen geben ein genaueres Bild über die Beschäftigung in der Textilindustrie, wie alle sonstigen Statistiken. Von den versicherten Betrieben wurden 65 Konkurse und etwa 100 Geschäftsaufsichten angezeigt. Diese Zahlen sind im Jahre 1926 bisher noch weiter gestiegen. Der Berechnung der Beiträge lag ein Gesamteinkommen der unter die Versicherung fallenden Personen in Höhe von 386 378 296 Mark zugrunde. Beiträge wurden eingenommen insgesamt 1 454 648 Mark. Die Ausgaben der Berufsgenossenschaft verteilen sich folgendermaßen: Entschädigungen (Renten, erhöhtes Krankengeld usw.) 904 301 Mk., Kosten für Unfalluntersuchungen 18 641 Mk., Kosten für Verfahren 3603 Mk., Bereitstellung von Mitteln zur Unfallverhütung 23 390 Mk., persönliche Verwaltungskosten 151 663 Mk., sächliche Verwaltungskosten 37 150 Mk. Neben Zuführungen für Rücklagen, für den Wohlfahrtsfonds der Angestellten usw. wurden dem Unterstützungsfonds für bedürftige Unfallrentner noch 2165 Mk zugeführt. Ins Auge fallen muß bei diesem Rechnungsabschluß die immerhin bedeutende Höhe der Ausgaben für persönliche Verwaltungskosten. Durch die Beamten der Genossenschaft wurden in 250 Betrieben die Lohnbücher nachgeprüft, zu dem Zwecke, ob die Beitragsabführung richtig erfolgt. Bescheide in Rentensachen wurden im Berichtsjahre erteilt:

Festsetzung von Dauerrenten	101
Erstmalige (neue) Rentenfestsetzung	459
Hinterbliebenenrente und Sterbegeld	19
Heilanstaltspflege und Angehörigenrente	28
Abfindungen	69
Rentenänderung	84
Ruhen der Rente	12
Ablehnung des Antrages auf Wiedergewährung oder Erhöhung der Rente	31
Ablehnung von Entschädigungsgewährung	150
Ablehnung von Hinterbliebenenrente und Sterbegeld	8

Sämtliche Renten für Unfälle aus der Zeit vom Jahre 1885 bis 30. Juni 1925 mußten auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1925 umgerechnet werden, es kamen nicht weniger als 4514 Renten in Betracht. Unfallanzeigen gingen im Jahre 1925 nicht weniger als 3537 (im Vorjahre 2703) ein. Von diesen wurden jedoch nur 492 als entschädigungspflichtig befunden. Den Tod hatten 26 Betriebsunfälle zur Folge. Bemerkenswert ist, daß von den neu unter die Versicherung fallenden Berufskrankheiten im Berichtsjahre von den gemeldeten fünf Fällen, keiner als entschädigungspflichtig anerkannt worden ist. Die Berufsgenossenschaft selbst führt die immerhin verhältnismäßig hohe Zunahme der Betriebsunfälle auf die allgemeine schlechte Geschäftslage und die damit verbundenen Arbeitseinschränkungen und Betriebsstillegungen zurück. Weiter führt sie aus, daß „zu Zeiten der Hochkonjunktur viele der leichten Verletzungen ungemeldet geheilt worden wären". Interessant und zugleich für die Versicherten sehr lehrreich sind die Ursachen auf welche die neuen entschädigungspflichtigen 492 Unfälle zurückzuführen sind:

Mangelnde Betriebseinrichtungen	1
Keine oder ungenügende Anweisungen	1
Fehlen von Schutzvorrichtungen	1
Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen	2
Handeln wider bestehende Vorschriften oder Anweisungen	94
Ungeschicklichkeit oder Unachtsamkeit	88
Schuld von Mitarbeitern und dritten Personen	21
Sonstige insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes ruhenden Ursachen	271
Nicht zu ermitteln	1
Ungeeignete Kleidung (flatternde Schürzen, Halstücher)	12
	492

Diese Zusammenstellung ist besonders für die Betriebsräte und Betriebsobleute interessant und zugleich ein wichtiger Fingerzeig, wo sie mit ihrer Arbeit und Aufklärung einsetzen müssen. Man sieht immer wieder, daß ein großer Teil der Unfälle auf die Schuld der Arbeitgeber, aber auch der Arbeitenden selbst zurückzuführen ist. Hier müssen die Betriebsräte mit allen Mitteln eingreifen, diese vermeidbaren Zahlen einzuschränken. Die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft führten im Berichtsjahre 1327 Betriebsrevisionen durch. Bei diesen Revisionen waren 1029 Beanstandungen notwendig, da die Unfallvorschriften durch mangelnde Sicherheitseinrichtungen, Fehlen von Schutzvorrichtungen, fehlerhafte Geräte und Maschinen usw. nicht eingehalten waren. Man sieht also, daß die Arbeitgeber freiwillig doch nicht die notwendige Sorgfalt auf die Betriebssicherheit verwenden, wie es notwendig und auch vorgeschrieben ist.

Wenn bei 1327 Revisionen nicht weniger als 1029 Beanstandungen erfolgen müssen, so ist dies immerhin kein gutes Zeichen für die sächsischen Textilarbeitgeber. Auch hier können und müssen die Betriebsräte, denen ja die Unfallverhütungsvorschriften in Fleisch und Blut übergegangen sein müßten, viel tun und manche Besserung erreichen. Der Bericht führt zwar aus, daß diesen Beanstandungen von seiten der Arbeitgeber kein Widerstand entgegengesetzt wurde. Aber sind denn überhaupt derartige „Beanstandungen" nötig? Die Arbeitnehmer haben in 140 Fällen gegen die Vorschriften durch Entfernung der Schutzvorrichtungen, durch Rauchen in feuergefährlichen Betrieben, Nichtschließen der Fahrstuhltüren usw. verstoßen. So verwerflich und bedauerlich diese Fälle auch sein mögen, so stehen sie zahlenmäßig in keinem Verhältnis zu den Verstößen der Arbeitgeber.

Leider ist auch festgestellt worden, daß von seiten der Arbeitnehmer Verbesserungsvorschläge zu den Unfallverhütungsvorschriften bei den Aufsichtsbeamten nicht gemacht wurden. Es erscheint doch kaum glaublich, daß hier keine Verbesserungen mehr nötig sein sollten! Die Aufsichtsbeamten sind mit dazu da, von den Arbeitern Verbesserungsvorschläge und Wünsche entgegenzunehmen, deshalb dürfen die Arbeitnehmer hierin keine falsche Scham zeigen.

Am Schlusse bringt der Bericht noch lehrreiche Einzelheiten über die Ursachen einzelner markanter Unfälle, deren Aufführung hier zu weit gehen dürfte. Nur einzelne Fälle: Ein Schlosser nahm, obgleich die Maschine im Gang war, eine Reparatur vor und zerquetschte sich die Finger. In verschiedenen Fällen wurden die wehenden Kleider von Arbeitern und Arbeiterinnen durch Transmissionen erfaßt und dadurch schwere Unfälle verursacht. Durch Wechsel der Kleidung in der Nähe von gehenden Maschinen wurden

Zum Parteistreit in Sachsen.

In Sachsen tobt seit längerer Zeit innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein heftiger Meinungskampf, der wiederholt die Parteiinstanzen beschäftigte und der letzten Endes zu Ausschlüssen alter sozialdemokratischer Funktionäre und zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen geführt hat. Unstritten ist die von der Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion betriebene Politik, sowie die Auslegung der Beschlüsse des Parteitages von Heidelberg zur Beseitigung der Differenzen. Daß die Gewerkschaften in Sachsen durch den unerquicklichen Streit besonders gelitten haben, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Trotzdem haben wir uns aus Gründen der Wahrung der politischen Neutralität nicht in den Parteistreit eingemengt und haben auch nicht auf unsere Funktionäre, sei es nach der einen oder anderen Seite hin einzuwirken versucht, obwohl ein Teil unserer Funktionäre, weil sie keine politischen Aestimenten sind und sich innerhalb der Partei hervorragend betätigten und aus dieser Betätigung heraus auch politische Ehrenämter innehaben, mitten in diesem Kampf stehen. Bis vor Monaten hat man sich in den sächsischen Gewerkschaftskreisen bemüht, den Streit auf die Partei zu beschränken. Seit neuerer Zeit jedoch versucht man den Streit auch mit aller Gewalt in die Gewerkschaften hineinzutragen In einigen Ortsverwaltungen, so u. a. in Dresden, in Oberlungwitz und anderen Orten sind Anträge gestellt worden, die dahingehen, die Funktionäre unserer Organisation, die der ASPS. als Mitglied beigetreten sind, von ihren innehabenden Posten zu entfernen. Wir müssen das Vorgehen dieser Kollegen in den Orten als verantwortungslos und ungehörig bezeichnen, weil, wenn dieser Beschluß zur Durchführung kommen würde, er unvermeidlich die Zerreißung der Gewerkschaften nach sich ziehen müßte. Innerhalb unseres Verbandes besteht für jedes Mitglied politische Meinungsfreiheit und selbstverständlich auch für die Funktionäre, gleichviel, welche Stellung sie einnehmen. Dieser Grundsatz muß von unseren Ortsverwaltungen beachtet und hochgehalten werden. Wir haben die Spaltung der Partei während des Krieges und nach dem Kriege gehabt, aber es ist niemanden eingefallen, zu fordern, daß auf Grund seiner politischen Stellung irgendein Angestellter des Verbandes gemaßregelt werden sollte. Diese Stellung war richtig und muß uns auch während des Meinungsstreites in Sachsen zur Richtschnur dienen.

Wir appellieren deshalb von dieser Stelle aus an die Kollegen und Kolleginnen, derartige Anträge, wo sie auch eingebracht werden mögen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Gewerkschaften entschieden abzuwehren.

---

ebenfalls Unfälle verursacht. Diese wenigen Beispiele mögen genügen.

Im allgemeinen zeigt der Bericht, daß auf dem Gebiete der Betriebssicherheit noch sehr viel zu arbeiten und zu verbessern ist. Obgleich man die Tätigkeit der Berufsgenossenschaft in dieser Beziehung nun nicht als vollkommen ausreichend und keiner Kritik bedürftig ansehen kann, so darf man auch diese Tätigkeit nicht unterschätzen und herabsetzen. Aufgabe der Arbeiter selbst muß es sein, diese Arbeiten in ihrem eigenen Interesse und dem ihrer Familie und Mitarbeiter zu unterstützen. kl—s.

Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1925.

I.

Die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1925 kann nicht als ungünstig bezeichnet werden. Die Jahreseinnahmen haben sich gegen 1924 um 1 877 331 Mark erhöht. Die höheren Einnahmen sind hauptsächlich auf höhere Beitragsleistungen zurückzuführen. Der Beitrag ist pro Mitglied im Durchschnitt von 9,86 Mark im Jahre 1924 auf 17,34 Mark im Jahre 1925 gestiegen. Andere Einnahmen sind von 2,82 Mark auf 5,29 Mark pro Mitglied gestiegen. Diese Steigerung der Beiträge zeigt, daß die Mitglieder immer mehr von der Erkenntnis durchdrungen werden, daß durch höhere Beitragsleistungen die Organisation schlagkräftiger wird und infolgedessen in der Lage ist, die Interessen der Mitglieder besser als bisher zu wahren. Diese Beitragssteigerung wiegt auch manche kleine Rückstände, die hier und da aufgetreten sind, mehrfach auf. Verhehlen wollen wir jedoch dabei nicht, daß die Beitragshöhe noch wesentlich gegen 1914 zurückbleibt. Es ist wohl auf die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder zurückzuführen, die niedrigere Beiträge leisten. Wir müssen deshalb versuchen, die Beitragsleistungen noch weiter zu verbessern. Zweifellos fallen die gestiegenen Ausgaben gegenüber 1924 besonders auf, besonders demjenigen, der die Verbandsgeschichte in den letzten Jahren nicht direkt verfolgt hat. Die Ausgabensteigerung gegenüber 1924 hat ihren Grund darin, daß in der letzten Zeit der Inflationsperiode die Zahlungen von Unterstützung an die Mitglieder aufgehoben werden mußten und erst im Mai 1924 wieder neu zur Einführung gelangten. Trotz dieser wesentlich erhöhten Ausgabe gegenüber 1924 hat sich der Vermögensbestand des Verbandes wesentlich erhöht.

Von den besonderen Aufwendungen, die die Organisation gemacht hat, fallen die Ausgaben für Kampfzwecke besonders in die Augen. Es wurden 641 088 Mark für Kampfzwecke verausgabt. In diesen Zahlen widerspiegelt sich zum Teil das Wirken des Verbandes für die Besserung der Lebenslage seiner Mitglieder. Die Ausgabe ist außerordentlich hoch, obwohl nicht vergessen werden darf, daß für die Verteidigung des Lebensstandards der Mitglieder sowie für das Wirken des Verbandes für höhere Löhne die gezahlten Unterstützungen nicht ausschlaggebend sind. Die richtige Ausnützung der wirtschaftlichen Erscheinungen, die für die glückliche Durchführung von Lohnbewegungen in Betracht kommen, sind weit wichtiger. Bei Betrachtung der von dem Verband geführten Lohnkämpfe wird sich dieses besonders zeigen. Bemerken möchten wir hier beiläufig noch, daß das Geschrei unserer Freunde von links, daß die Gewerkschaften den Kampfcharakter verloren hätten, durch diese Zahlen widerlegt wird.

An sozialen Aufwendungen wurden 802 522 Mark verausgabt. Diese Summe wurde in der Form von Reise-, Umzugs-, Arbeitslosen-, Notfall-, Sterbeunterstützung, Rechtsschutz usw. verausgabt. Sie stellt zweifellos eine Hauptaufgabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes dar. Man soll aber niemals diese Ziffern rein zahlenmäßig betrachten, sondern auch darüber nachdenken, welche Wirkungen die verausgabten Gelder ausüben. Die Summe von 802 522 Mark setzt sich zusammen aus kleinen Beträgen, die Tausende von Mitgliedern erhalten haben in Zeiten der Not. Mit diesen sozialen Aufwendungen ist zweifellos manche Träne getrocknet, manches Leid gestillt worden; sie haben die in Not geratenen Arbeiter wieder aufgerichtet und dazu beigetragen, sie über die Zeit der Not hinwegzuhelfen. Die Organisation hat sich ihnen als Stütze gezeigt und für eine stärkere Verbundenheit der Mitglieder mit der Organisation gewirkt. Dabei haben diese sozialen Aufwendungen einen ungeheuren kulturellen Wert: sie verhindern, daß der Arbeiter in Zeiten der Not im Elend versinkt. Sie machen ihn widerstandsfähig gegen alle Unbilden der Zeit. Mit dieser Widerstandsfähigkeit wird aber auch gleichzeitig der Kampfesmut der Arbeiterschaft gehoben und gefördert.

Neben den oben bezeichneten Aufwendungen sind außerdem noch 273 240 Mark für Bildungszwecke aufgewandt worden.

Betrachtet man diese drei wichtigsten Ausgabeposten des Verbandes zusammen, so wird deren hohe Bedeutung für die Hebung der Arbeiterklasse in sozialer und geistiger Hinsicht offenbar. Die Gewerkschaften leisten damit der Menschheit und dem Kulturfortschritt einen außerordentlich hohen Dienst. Man kann wohl ohne Widerspruch behaupten, daß das geistige Leben der Arbeiterschaft von den Gewerkschaften beherrscht und in Bahnen gelenkt wird, die allein dem Aufstieg der Arbeiterklasse und dem Kulturfortschritt dienen.

Die Mitgliederbewegung zeigt leider einen Verlust von [illegible] Mitgliedern, welcher aber hauptsächlich erst im 4. Quartal 1925 entstanden ist. Diese Erscheinung hängt immer mit dem Rückgang der Arbeitsgelegenheiten zusammen. Bis zum Abschluß des 3. Quartals [illegible] der Mitgliederzahl, abgesehen von kleinen Schwankungen, stetig. Im November 1925 verschlechterte sich der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie ganz erheblich. Die Kurzarbeit stieg von [illegible] auf [illegible] Proz., die Arbeitslosigkeit von 2,7 Proz. auf [illegible] Proz. Im Dezember verschlechterte sich die Zahl der Arbeitslosen, und die Kurzarbeit stieg weiter von 20,6 Proz. im November auf [illegible] im Dezember. Bedenklich bleibt jedoch, daß die Zahl der [illegible] trotz erhöhter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Ende des 4. Quartals 1925 noch eine kleine Zunahme gegenüber dem 4. Quartal 1924 aufweist, währenddem die Zahl der weiblichen Mitglieder um die obengenannte Summe zurückgegangen ist. Wir haben selbstverständlich auch noch untersucht, in welchen Gauen und welchen Ortsverwaltungen der Rückgang der weiblichen Mitglieder am stärksten in Erscheinung trat. Wir wollen weder die Gaue noch die Ortsverwaltungen hier anführen, sie werden sehr leicht in der Lage sein, an Hand des Jahrbuches für 1925 herauszufinden, welche Gau- und Ortsverwaltungen wir im Auge haben. Es wird notwendig sein, in den einzelnen Filialen die Ursache des Rückganges der weiblichen Mitglieder besonders nachzuprüfen und dafür Sorge zu tragen, daß eventuelle Mängel innerhalb der Organisation beseitigt werden, denn ohne Zweifel werden in den einzelnen Ortsverwaltungen organisatorische Mängel bestehen. Es ist ferner noch darauf hinzuweisen, daß mehrere Gaue nicht nur ihren Mitgliederstand gehalten, sondern darüber hinaus an Mitgliedern zugenommen haben. Wir finden, daß in diesen Gauen sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöht hat, obwohl in diesen Gauen die Arbeitsverhältnisse nicht günstiger lagen, als in jenen Gauen, die einen erheblichen Rückgang an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen hatten. Diese kurzen Bemerkungen dürften jedenfalls unsere Kollegen im Lande anregen, einmal über diese Frage besonders nachzudenken, damit bei Beendigung des nächsten Jahres keine derartig auffallenden Gegensätze in der Mitgliederbewegung sich zeigen.

(Forts. folgt.)

Arbeitslohn und Arbeitszeit in der englischen Textilindustrie.

Die englische Textilindustrie, insbesondere die Baumwollindustrie, befindet sich schon seit Jahren in einer überaus schwierigen Lage, die hauptsächlich auf zwei Momente zurückzuführen ist: Abhängigkeit von der amerikanischen Rohbaumwolle und die Abschnürung der asiatischen Märkte. Die Absatzschwierigkeiten im Orient haben dazu geführt, daß die Lancashirer Baumwollindustrie schon seit zwei Jahren lediglich drei bis vier Arbeitstage pro Woche hat. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter in der Baumwollindustrie und in der ganzen Textilindustrie ist sehr hoch. Folgende Tabelle, die wir der letzten Nummer der „Ministry of Labour Gazette" entnehmen, gibt uns die Zahl der völlig und der zeitweilig Arbeitslosen an. Unter zeitweilig Arbeitslosen versteht die englische Arbeiterstatistik solche Arbeiter, die entweder verkürzte Zeit arbeiten (Kurzarbeiter im deutschen Sinne) oder aber solche Arbeitslosen, die eine feste Aussicht auf Wiedereinstellung innerhalb von sechs Wochen haben. In der Tabelle sind sowohl absolute Zahlen als auch das Verhältnis der Zahl der Arbeitslosen gegenüber der Gesamtzahl der gegen die Arbeitslosigkeit versicherten Arbeiter in allen Branchen der Textilindustrie am 24. Mai 1926, angeführt.

Tabelle I.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der englischen Textilindustrie am 24. Mai 1926.

Branche	Völlig Arbeitslose	Proz	Zeitwl. Arbeitslose	Proz	Im Ganzen	Proz	Gesamtzahl der Versich. im Jahre 1925
Baumwollind.	18 741	3,2	134 169	23,3	152 910	26,5	576 720
Wollmanufaktur u. Kammgarn	10 159	3,9	43 960	17,1	54 119	21,0	257 700
Seidenindustrie	1 345	2,9	5 942	12,6	7 287	15,5	46 800
Leinenindustrie	15 668	18,1	6 590	7,6	22 258	25,7	86 620
Juteindustrie	4 933	11,7	8 462	20,1	13 395	31,8	42 180
Hanfseilind. usw.	2 452	11,8	2 322	11,1	4 774	22,9	20 820
Strumpfwarenindustrie	4 050	4,1	14 195	14,6	18 245	18,7	97 700
Spitzenindustrie	1 304	6,7	3 050	15,7	4 354	22,4	19 460
Teppichindustrie	1 105	4,2	6 701	25,5	7 806	29,7	26 250
Andere Textilbranchen	3 922	8,7	4 451	9,8	8 373	19,5	45 250
Bleicherei, Färberei usw.	16 345	5,3	22 262	18,7	28 607	24,0	11 910
Gesamte Textilindustrie					322 128	24,2	1 329 080

Aus dieser Tabelle kann man ersehen, daß nahezu ein Viertel der englischen Textilarbeiter von der Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit betroffen ist. Die Verschlechterung der Lage im Laufe des letzten Jahres und insbesondere infolge des Kohlenstreiks wird durch folgende Angaben klar: In der Baumwollindustrie bildeten die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter am 24. Mai 1926 — 26,5 Proz. aller Versicherten, am 26. April 1926 — 9,8 Proz., am 25. Mai 1925 — 7,6 Proz., in der Wollindustrie sind die entsprechenden Zahlen: 21,0 Proz., 9,7 Proz. und 17,8 Proz.

Das offizielle Organ des englischen Arbeitsministeriums veröffentlicht nun in seiner letzten Nummer („Min. of Lab. Gaz." Nr. 6, Juni 1926) eine sehr interessante Zusammenstellung über die Verdienste und die Arbeitszeit der englischen Textilarbeiter im Jahre 1924 auf Grund einer Untersuchung, die vom Arbeitsministerium mit der Unterstützung der Zentralorganisation der Arbeitgeber veranstaltet worden war, und die sich auf alle Zweige der englischen Textilindustrie erstreckt hatte. Die Teilergebnisse werden nun bekannt gegeben, und da es sich um die letzten offiziellen Angaben über die Löhne und Arbeitszeit der englischen Textilarbeiter handelt, so ist es wohl nützlich, ausführlicher darüber zu berichten. Die Untersuchung hat sich auf 7693 Textilbetriebe mit zusammen 1 017 381 Arbeiter erstreckt, also ungefähr auf ¾ der ganzen englischen Groß- und Mittelindustrie. Bemerkenswert ist das Verhältnis unter männlichen und weiblichen Arbeitern. Es waren durchschnittlich in der ganzen Textilindustrie 40,2 Proz. Männer und 59,8 Proz. Frauen beschäftigt: am größten ist der Anteil der weiblichen Arbeit in der Strumpfwarenindustrie (83,7 Proz.), am geringsten in der Bleicherei, Färberei usw. (20,0 Proz.).

In der folgenden Tabelle ist der durchschnittliche Wochen- und Stundenverdienst der englischen Textilarbeiter an zwei Stichtagen des Jahres 1924 dargestellt.

Tabelle II.

Durchschnittlicher Wochen- und Stundenlohn der englischen Textilarbeiter im Jahre 1924.

Branche	Männer Jan. 1924	Männer Okt. 1924	Frauen Jan. 1924	Frauen Okt. 1924	Alle Arbeiter Jan. 1924	Alle Arbeiter Okt. 1924	Durchschnitl. Std.-L. 1924
	sh*) p*)	sh p	sh p	sh p	sh p	sh p	p
Baumwollindustrie	47 6	47 7	27 10	29 2	36 6	37 7	9,8
Wollind. und Kammgarn	52 9	53 10	30 0	31 1	39 1	40 8	10,7
Spitzenind.	51 10	52 5	24 9	24 6	34 5	34 1	9,4
Seidenind.	58 4	61 0	26 11	28 0	37 7	39 6	10,8
Leinenind.	39 7	41 3	21 9	22 10	26 9	27 7	7,4
Juteindustrie	41 5	41 9	28 2	28 10	32 8	33 3	8,4
Strumpfwarenind.	52 11	54 7	27 2	28 10	33 8	35 1	9,2
Bleicherei, Färb. usw.	57 1	56 10	27 6	27 5	50 2	50 3	13,9
Teppichind.	49 7	50 7	24 8	27 0	35 4	36 2	9,3
Aufber. und Packerei	55 5	56 6	26 9	28 7	44 1	45 0	12,1
And. Textilbranchen	46 8	48 8	23 4	24 4	30 7	31 10	8,2
Gesamte Textilindustrie	50 5	51 9	27 4	28 5	37 2	38 2	10,2

*) In engl. Schillings und Pence.

Aus dieser Tabelle kann man ersehen, daß der Wochenverdienst der Textilarbeiter im Laufe von 1924 eine wenn auch sehr mäßige Aufwärtsbewegung durchgemacht hat. Im Jahre 1925 kommt auch diese langsame Aufwärtsbewegung zum Stillstand. Ja, es wird von den Unternehmern versucht, die schwierige Lage in der Industrie zum Zwecke der Herabdrückung der Löhne auszunutzen. Vor allem hatten die Arbeiter der Wollindustrie in Yorkshire und Lancashire einen schweren Vorstoß der Unternehmer abzuschlagen. Dort drängten nämlich die Unternehmer auf eine sofortige Ermäßigung der Löhne, wogegen die Arbeiter auf einer Aufrechterhaltung der Lohnhöhe, wenigstens im Laufe der nächsten 12 Monate, bestanden. Es kam zu einem großen Streik, an dem sich 165 000 Wollarbeiter beteiligten, mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft dieser Branche in den Groß- und Mittelbetrieben. Der Streik dauerte drei Wochen. (23. Juli bis 14. August 1925), wobei es den Arbeitern gelungen ist, die Aufrechterhaltung der Löhne auf dem damaligen Stande bis zum 1. Januar 1927 durchzusetzen. Schwere Kämpfe stehen aber den englischen Wollarbeitern Anfang 1927 bevor.

In der ersten Hälfte (Januar—Mai) 1926 hat sich die Offensive der Textilunternehmer gegen die Arbeiterlöhne fortgesetzt, wobei die schlechte Konjunktur den Kampf der Arbeiter sehr erschwerte. So ist es bloß 4200 Arbeitern der Textilindustrie gelungen, ihren Wochenlohn im ganzen um 180 Pfund Sterling zu erhöhen, während 146 000 Arbeiter sich eine Erniedrigung ihres Wochenlohnes um insgesamt 12 400 Pfund Sterling gefallen lassen mußten.

Die Arbeitszeit der englischen Textilarbeiter beschränkt sich normalerweise auf höchstens 48 Stunden pro Woche, was man aus folgender Tabelle ersehen kann:

Tabelle III.

Normale Wochenarbeitszeit der englischen Textilarbeiter im Jahre 1924.

Das prozentuale Verhältnis der Zahl der Arbeiter, deren normale Wochenarbeitszeit folgende Stundenzahl betragen hat, zu der Gesamtzahl der Arbeiter in dieser Branche.

Branchen	44 Std. oder weniger	44¼ bis 46¾ Std.	47 Std.	47¼ bis 47¾ Std.	48 Std.	Ueber 48 Std.	Durchschnitl. normale Arbzt.
Baumwollind.	2,3	0,5	0,3	—	96,1	0,8	47,9
Wollindustrie und Kammgarn	0,9	1,3	0,1	0,4	95,8	1,5	48,0
Spitzenindustrie	8,8	7,1	6,3	0,7	57,8	19,8	48,0
Seidenindustrie	7,3	6,4	2,6	2,1	63,9	17,7	48,0
Leinenindustrie	12,9	3,7	7,6	0,3	70,9	4,6	47,3
Juteindustrie	—	—	0,7	0,4	98,8	0,1	48,0
Strumpfwarenindustrie	5,7	4,5	7,6	2,9	74,4	4,9	47,6
Teppichindustrie	1,3	0,7	1,0	—	95,7	1,3	48,0
Bleicher, Färber usw.	3,5	1,5	0,3	0,7	87,4	6,6	47,0
Aufber. u. Packerei	20,1	9,4	5,9	1,6	62,1	0,9	46,8
Andere Textilbranchen	8,7	6,8	20,8	1,6	57,5	5,1	47,4
Ges. Textilind.	3,6	1,8	2,2	0,5	89,0	2,9	47,9

Die englische Textilindustrie leidet gegenwärtig, wie die gesamte englische Wirtschaft, unter der Einwirkung des Kohlenstreiks. Besonders groß sind die Schwierigkeiten mit den Brennstoffmaterialien, da die englischen Textilfabriken fast vollständig auf Kohle eingestellt sind. Auch in sozialpolitischer Hinsicht wird der Ausgang des englischen Kohlenstreiks eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Lage in der Textilindustrie haben. Auch die Textilarbeiterschaft Englands geht schweren Kämpfen um die Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards entgegen. G. Bienstock.

Beendigung des Streiks in der Leonischen Industrie in Bayern.

Die Kollegen in der Leonischen Industrie in Roth, Schwabach, Weißenburg und Treuchtlingen haben sechs Wochen lang im Streik gestanden, um eine ihnen von den Unternehmern zugemutete Lohnreduktion abzuwehren. Die Abwehr ist ihnen gelungen. Zur Geschichte des Streiks sei kurz bemerkt: Bereits im Januar d. J. kündigten die Arbeitgeber der Leonischen Industrie von Roth, Weißenburg, Schwabach und Treuchtlingen den Tarifvertrag, um die Löhne herabzusetzen. Die Arbeiterschaft rief den Landesschlichter an, der einen Schiedsspruch fällte, der die Beibehaltung der bisherigen Löhne bis 4. September vorsah. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab. Am 1. Mai kündigten die Unternehmer die Einzelarbeitsverträge und machten bekannt, daß sie ab 14. Mai den männlichen Arbeitern anstatt 63 Pf. nur 56 Pf. und den Frauen anstatt 38 nur 33,5 Pf. an Lohn auszahlen werden. Dabei unterstrichen sie ausdrücklich, daß sie die Akkordsätze einschließlich Ueberverdienste, entsprechend den Zeitlöhnen abbauen würden. Von seiten der Arbeiterschaft wurde der Landesschlichter erneut zur Regelung des Lohnstreites angerufen. Die Unternehmer lehnten ein neues Verfahren ab und erklärten, daß sie zur Selbsthilfe greifen würden. Der Landesschlichter fällte jedoch einen Schiedsspruch, der die Beibehaltung der Männerlöhne mit 63 Pfennig an der Spitze und die Reduzierung der Frauenlöhne um 2 Pf. vorsah. Auch dieser Schiedsspruch des Landesschlichters wurde von den Unternehmern abgelehnt. Daraufhin trat die Kollegenschaft von Roth in den Streik; die Weißenburger wurden ausgesperrt. Am 2. Juli wurden die Parteien vor den Landesschlichter nach Nürnberg geladen. Durch langwierige schwierige Verhandlungen wurden dann nachfolgende Vereinbarungen abgeschlossen:

1. Die Arbeitsaufnahme erfolgt zu den Lohnsätzen des Schiedsspruches vom 14. Mai 1926, und zwar soweit als möglich am Montag, den 5. Juli 1926, zum normalen Arbeitsbeginn.

2. Die vor dem 1. Mai gültigen Akkordsätze dürfen auf Grund der neuen Lohnregulierung nicht mehr gekürzt werden, als die prozentuale Minderung der Stundenlöhne beträgt.

3. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Wiedereinstellung der Arbeitnehmer erfolgt nach den technischen Möglichkeiten der einzelnen Betriebe. Neueinstellungen von betriebsfremden Arbeitnehmern werden nicht vorgenommen, solange noch solche der bisherigen Belegschaft des gleichen Betriebes zur Verfügung stehen.

4. Der Streik bzw. die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses und der Beschäftigungsdauer.

5. Die unter Ziffer 1 bezeichnete Lohnregelung gilt bis auf weiteres und kann von jeder Partei mit einer Frist von zwei Wochen zum Lohnwochenschluß, erstmals am 1. Oktober zum 15. Oktober 1926 gekündigt werden.

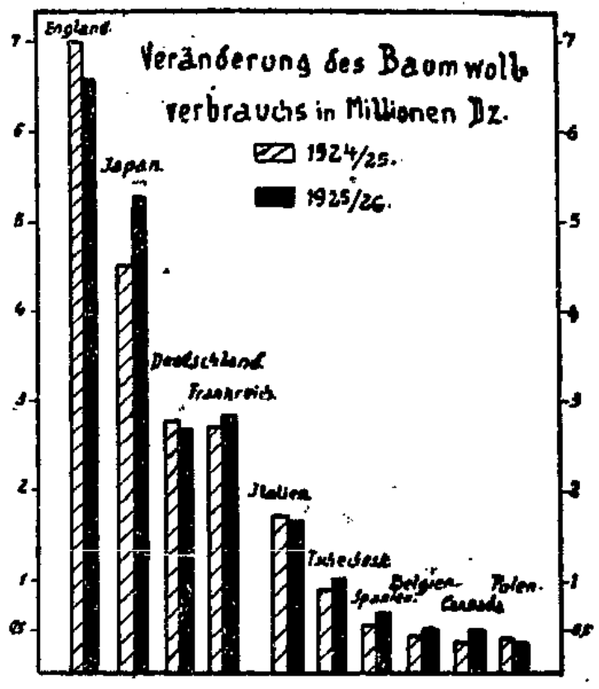
Damit hat die Kollegenschaft von Roth, Weißenburg, Schwabach und Treuchtlingen einen Erfolg erzielt, der nicht hoch genug einzuschätzen ist. Dies haben sie nur ihrer treuen Organisationszugehörigkeit zu danken. Wir hoffen, daß der erfolgreich beendete Kampf ein Ansporn zur stetigen Entwicklung des Verbandes in Bayern wird. Der Lohnabbau in Nordbayern ist abgewehrt, desgleichen der Abbau in der Leonischen Industrie. Wir hoffen deshalb, daß in Bayern ein weiterer Lohnabbau nicht erfolgen wird.

Probleme des Arbeitsmarkts.

(I. Die andere industrielle Reservearmee.)

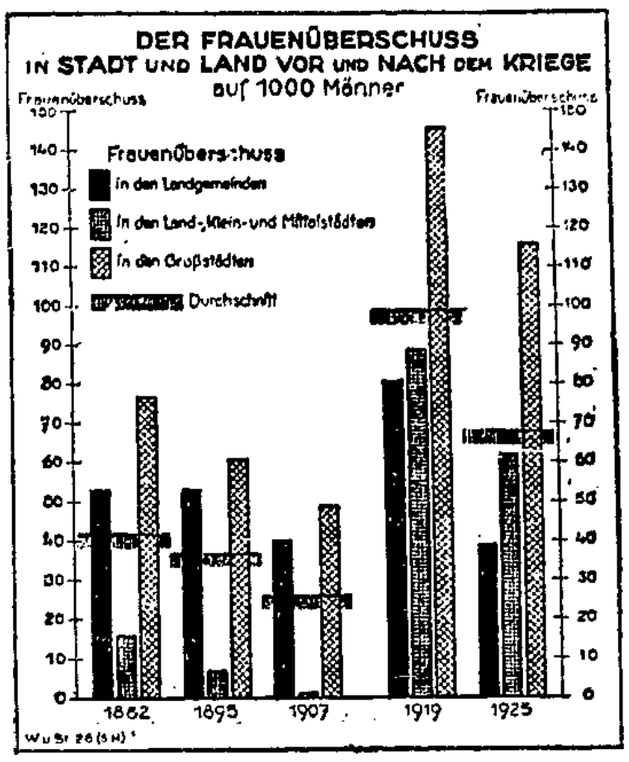
Heute ist die Ueberzeugung allgemein, daß die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise weniger eine Folge wechselnder Konjunkturen und mehr Ausdruck einer sich verändernden und veränderten Wirtschaftsstruktur ist. Die Periode des klassischen Kapitalismus in Europa, der einen gigantischen Warenstrom nach den Agrarländern ergoß und in den Ländern seiner Standorte die Linienführung zwischen der agrarischen und der industriellen Bevölkerung in den letzten fünf Jahrzehnten völlig veränderte, scheint mit dem Jahr 1914, vielleicht schon mit der Jahrhundertwende, beendet gewesen zu sein. Vor allem ist festzustellen, daß die Industrie nicht mehr in dem Maße wie früher die Menschen absorbiert. Der Bedarf der industriellen Wirtschaft an Menschenkräften hat ohne Zweifel nachgelassen; ihre Aufnahmefähigkeit scheint in manchen Ländern zu gewissen Zeiten auf den Nullpunkt gesunken zu sein. Der englische Bergbau beschäftigte z. B. um die Jahrhundertwende eine Belegschaft von 772 759 Köpfen. Bis zum Jahre 1913 konnte sich die Kopfzahl bis auf 1 127 890 steigern. Ende 1925 betrug die Gesamtzahl der im englischen Bergbau Beschäftigten nur 1 086 325, ohne daß irgendwie im Sinne der Rationalisierung in den Produktionsapparat eingegriffen wurde. Aehnlich liegen die Dinge im deutschen Steinkohlenbergbau. Die Kopfzahl der Belegschaft stellte sich im Jahre 1900 auf 302 635. Sie steigerte sich bis 1913 auf 515 843. Der Bedarf an Menschenarbeitskraft in den Industrien der Grundstoffe war so groß, daß die vorhandenen Reserven nicht ausreichten. Man holte deshalb nicht nur aus den deutschen Agrargebieten, Ostpreußen, Posen usw. Arbeitskräfte herbei, sondern auch aus den Agrarländern Europas, aus Italien, den österreichisch-ungarischen Staaten usw. Ende 1925 wurde die Belegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau mit einer Kopfzahl von 561 754 festgestellt. Das ist mehr als 1913 und doch liegt gegenüber dem Jahre 1913 keine wirkliche Vergrößerung der Belegschaft vor, wenigstens nicht in dem Sinne, wie wir das in dem Zeitraum von 1900 bis 1913 erlebten. So hat z. B. der Ruhrbergbau, der 1900 rund 220 000, 1913 rund 372 000 und 1922 rund 545 000 Menschen beschäftigte, den Stand der Belegschaft bis Ende März 1926 auf 357 000 herabgesetzt. Er beschäftigt also heute schon weniger Menschen, als vor dem Kriege und in Zukunft wird dies noch viel mehr der Fall sein. Es handelt sich hierbei keineswegs um eine Einzelerscheinung, sondern um den Ausdruck einer allgemeinen Tendenz. Wenn man, der Gepflogenheit des Reichsstatistischen Amts folgend, die Einwohner in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern als ländliche Bevölkerung bezeichnen will, betrug die ländliche Bevölkerung in Deutschland im Jahre 1871 rund 26,2 Millionen oder 63,9 Proz. der Gesamtbevölkerung. Die städtische Bevölkerung machte demgegenüber 14,7 Millionen oder 36,1 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. Bis zum Jahre 1895 fiel die ländliche Bevölkerung in Deutschland von 26,2 auf 26 Millionen, die städtische Bevölkerung aber stieg von 14,7 auf 26,2 Millionen. Machte die ländliche Bevölkerung in Deutschland im Jahre 1871 noch 63,9 Proz. der Gesamtbevölkerung aus, so sank der Satz bis zum Jahre 1895 auf 49,8 Proz., während sich der Satz der städtischen Bevölkerung in demselben Zeitraum von 36,1 auf 50,2 Proz. steigerte. In der Zeit von 1895 bis zum Jahre 1925, dem Jahre der letzten Volkszählung, ging die ländliche Bevölkerung aber von 26 Millionen auf 22,2 Millionen zurück. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung fiel von 49,8 auf 35,6 Proz. Das bedeutet ein Steigen des Anteils der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 50,2 auf 64,4 Proz. Die Tatsache kommt zahlenmäßig darin zum Ausdruck, daß sich die Zahl der Einwohner, die in Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern lebten (städtische Bevölkerung) von 26,2 auf 40,1 Millionen erhöhte.

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich in fast allen europäischen Ländern feststellen. In England und Frankreich betrug um 1870 herum der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung noch 35 bzw. 69 Proz. Der Satz ist bis zum Jahre 1911 auf 23 bzw. 46 Proz. gefallen. In der Schweiz und in Belgien machte im Jahre 1870 bzw. im Jahre 1876 die Stadtbevölkerung 40 bzw. 68 Proz. aus. Sie konnte bis zum Jahre 1920 ihren Anteil auf 61 bzw. 78 Proz. erhöhen. Was spricht aus diesen Zahlen? Auf den ersten Blick scheinen sie die alte These zu bekräftigen, daß die Aufnahmefähigkeit der Industrie unbegrenzt sei. Das scheint aber nur so; das Gegenteil ist in Wirklichkeit der Fall. Der Beweis kann mühelos erbracht werden, wenn wir die wirkliche Eingliederung der ländlichen Bevölkerung in das Industrieproletariat, das Wachstum der Städte in ihren verschiedenen Größenklassen betrachten. Nach den Feststellungen der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 wohnten im Jahre 1871 noch 63,93 Proz. der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, in Städten von 20 000 bis 100 000 Einwohnern 7,68 Proz. und in eigentlichen Großstädten (Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern) nur 4,8 Proz. Im Jahre 1925 war der Satz der in ländlichen Gemeinden lebenden Einwohner auf 35,6 Proz. gesunken. Dagegen hatten 13,42 Proz. von der Gesamtbevölkerung ihren Wohnsitz in Städten mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern und 26,65 Proz. in Großstädten. Das schnelle Wachstum der Großstädte erklärt sich wohl durchweg aus den Eingemeindungen. In ihnen tritt zu guter Letzt eine Veränderung zwischen der Agrarbevölkerung und der Industriebevölkerung hervor, die sich schon früher vollzogen hat, und das Reichsstatistische Amt kommt mit Recht bei der Betrachtung der Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 zum Schluß, daß die Großstädte hinsichtlich ihres reinen Bevölkerungszuwachses keines-



wegs an der Spitze stehen. Ihr Wachstumtempo liegt zwar erheblich über dem Reichsdurchschnitt, es wird aber deutlich von den Mittelstädten übertroffen. Die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern haben von 1910 bis 1919 nur sehr langsam, dagegen von 1919 bis 1925 noch erheblich rascher als die Mittel- und Großstädte zugenommen. Bei den Gemeinden mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern ist die Zunahme weitaus am stärksten. Dagegen bleibt die Zunahme der Bevölkerung mit weniger als 2000 Einwohnern hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Das langsamere Bevölkerungswachstum ist nicht zu verkennen. Die Verlangsamung des Verstadtlichungsprozesses, besonders auch der Großstadtentwicklung, liegt auf der Hand. Oekonomisch gesehen, erklärt sich diese Erscheinung durch die mit menschlichen Arbeitskräften gesättigte Industrie. In dem Stillstand der ländlichen Bevölkerung und der gesättigten Industrie bei dennoch, wenn auch langsamerem Wachstum der städtischen Bevölkerung, wurzelt das Problem der gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise, das furchtbare Problem der anderen industriellen Reservearmee, eine Angelegenheit nicht der Wirtschaftsbewegung, des Auf und Ab zwischen Krise und Konjunktur, sondern Ausdruck veränderter Wirtschaftsverhältnisse und Folge einer, diesen veränderten Verhältnissen nicht entsprechenden Struktur der Bevölkerung.

Soweit die deutschen Verhältnisse in Frage kommen, hat sich die Bewegung zweifellos durch die Rationalisierung zugespitzt. Die von uns angeführten Zahlen aus dem Ruhrbergbau, wo sich



der Rationalisierungsprozeß vorzugsweise in der Konzentration der Produktion auf die rentabelsten Punkte und in Stillegungen von weniger rentablen Betrieben äußert, sind ja das beste Beispiel. Dazu ist weiter zu berücksichtigen, daß die Rationalisierungsbewegung gerade in eine Zeit allgemeiner Verarmung nach größter Kapitalverschleuderung im Kriege und in der Entschuldungsperiode, den Inflationsjahren und bedenklicher Desorganisation des Weltwirtschaftsapparats fällt. Den besten Beweis dafür liefert ja der Umfang des Welthandels, der immer noch unter dem Stand von 1914 liegt, und der verminderte Baumwollverbrauch, der immerhin als Gradmesser der Kaufkraft in der Weltwirtschaft angesprochen werden kann. Wir veranschaulichen die Erscheinung durch unser erstes Schaubild. Entscheidend für die Bildung der Reservearmeen in den europäischen Ländern, wie wir sie in England sofort nach dem Kriege und in Deutschland nach der Stabilisierung beobachten konnten, und wie wir das nach erreichter Stabilisierung des Franken und der Lira auch in Frankreich und Italien erleben werden, ist aber folgender Zusammenhang: Im heutigen Reichsgebiet (ohne Saarbezirk) betrug die ländliche Bevölkerung im Jahre 1910 rund 22,2 Millionen. Die Volkszählung vom 16. Juni 1925 gibt die ländliche Bevölkerung ebenfalls mit 22,2 Millionen an, während derselben Zeit ist die städtische Bevölkerung von 35,6 Millionen auf 40,1 Millionen gewachsen. Demnach hat die städtische Bevölkerung den gesamten Bevölkerungsüberschuß von über 4,5 Millionen aufgenommen. Die Tatsache erklärt sich durch das stärkere Hineindrängen von Volksteilen als Arbeitnehmer in die industrielle Produktion. Eine Folge des Krieges und der industriellen Ueberanspannung des Krieges, läßt sich diese Erscheinung so ziemlich in allen Ländern, so auch in England, feststellen, die den Kriegswahnsinn mitgemacht haben. Für die in Deutschland vorgegangene Veränderung spricht wohl am besten die Tatsache, daß bei uns im Jahre 1924 19 Millionen Krankenversicherungspflichtige festgestellt wurden gegenüber 16,5 Millionen im Jahre 1913. Die Komplikationen werden deutlich: Während allgemein in der industriellen Produktion die Tendenz der Abstoßung menschlicher Arbeitskraft liegt und die Rationalisierung diese allgemeine Tendenz stärker ausprägt, führten die industrielle Ueberspannung während der Kriegsperiode und auch die Scheinkonjunkturen während der Inflationsjahre zu einer Anhäufung und Verdichtung von Arbeitskräften in der industriellen Produktion, zur Bildung der anderen industriellen Reservearmee.

In diesem Zusammenhang muß die Tatsache des als Folge des Krieges festzustellenden Frauenüberschusses bewertet werden. Inwieweit sich hier das Bild gegenüber der Zeit vor dem Kriege verschoben hat, besagt unser zweites Schaubild. Im Deutschen Reich entfielen im Jahre 1882 auf 1000 Männer 1042 Frauen, im Jahre 1895 waren es 1037 und im Jahre 1907 nur 1026 Frauen. Im Jahre 1919 kamen auf je 1000 Männer 1099 Frauen. Die Zahl senkte sich für den Stichtag des 16. Juni 1925 auf 1068 (Wohnbevölkerung). Der Veränderungen haben sich aber durchaus verschieden vollzogen, je nachdem die ländliche oder die industrielle Bevölkerung in Frage kommt. In den Landgemeinden kamen 1882 rund 1053 Frauen auf 1000 Männer. Im Jahre 1907 waren es 1040 Frauen und im Jahre 1919 aber 1081. Die Zahl senkte sich im Jahre 1925 auf 1039. Auf dem Lande liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Anzahl von Frauen und Männern also ungefähr so wie im Jahre 1907. Man kann von normalen Verhältnissen sprechen. Weniger gebessert hat sich aber das Verhältnis von Frauen und Männern, wenigstens zahlenmäßig, in den Land-, Klein- und Mittelstädten. In diesen entfielen 1882 auf 1000 Männer rund 1016 Frauen, im Jahre 1907 rund 1001 Frauen. Die Zahl steigerte sich im Jahre 1919 auf 1089 Frauen pro 1000 Männer. Sie ist, wenn auch unerheblich, im Jahre 1925 auf 1062 zurückgegangen. In den deutschen Großstädten wurden im Jahre 1895 bzw. 1907 pro 1000 Männer 1077 bzw. 1049 Frauen festgestellt. Die Zahl schwoll im Jahre 1919 auf 1146 an, ermäßigte sich allerdings für den Stichtag des 16. Juni 1925 auf 1116. Bis zum Jahre 1907 ist der Frauenüberschuß ständig gesunken, z. B. war 1907 in den Land-, Klein- und Mittelstädten von einem Frauenüberschuß überhaupt keine Rede. Der Krieg spannte die Frau mehr als das bisher üblich war in den Produktionsprozeß ein. Hier traten nach Beendigung des Krieges allerdings Korrekturen ein. In dem Maße, wie das männliche Geschlecht durch die Kriegsverluste litt, ergab sich für den Frauenüberschuß die bittere Notwendigkeit, sich aus Existenzgründen im Produktionsprozeß zu behaupten. Wie das Verhältnis von Frauen und Männern auf dem Lande und in den Städten zeigt, drängt dieser Frauenüberschuß wohl zum größten Teil als Arbeitnehmerinnen in den industriellen Produktionsprozeß hinein. Hinsichtlich der Bildung und des Standes der industriellen Reservearmee ist diese Tatsache von größter Bedeutung, und sie erhält Betonung durch die Tatsache, daß die Industrie ganz bewußt die mechanisierte Fertigung für die Beschäftigung von Frauen an solchen Plätzen ausnutzt, wo früher der qualifizierte Arbeiter gestanden hatte.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Gemeinsam freuft du dich der Tat.
Ein zweiter kommt, sich anzuschließen,

* FRAUENTEIL *

Mitwirken will er, mitgenießen;
Verdreifacht so sich Kraft und Rat.
Goethe

Fabrikpflege.

Von Gertrud Hanna.

Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind heute nicht mehr die gleichen wie zur Zeit der handwerksmäßigen Produktionsmethoden, wo Gesellen und Lehrlinge in die Gemeinschaft des Meisterhaushaltes aufgenommen waren und wo ein Ersatz der Arbeitskräfte nicht so leicht möglich war als heute. Heute kennt sehr häufig der Unternehmer eines größeren Betriebes die einzelnen Arbeiter kaum. Ist der Träger der Firma eine Aktiengesellschaft, so fehlt in der Regel nahezu jegliche persönliche Verbindung zwischen Arbeiterschaft und Firmenträger. Ja, selbst in Kleinbetrieben fehlt das persönliche Interesse des Unternehmers am einzelnen Arbeitnehmer, das in früheren Zeiten vorhanden war. Die Arbeitnehmer sind heute mehr oder weniger nur Nummern, die durch andere leicht ersetzbar sind.

Den Beweis für diese Behauptungen liefern die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern um Lohn, Arbeitszeit und andere die Arbeitsbedingungen berührende Fragen. Der einzelne Unternehmer kann heute ja auch gar nicht mehr wie früher sich persönlich um die einzelnen Arbeitnehmer bemühen, weil er heute ja auch mehr als früher abhängig ist von dem Verhalten der Konkurrenz.

Angesichts dieser Tatsachen mutet der Inhalt einer kleinen Schrift eigenartig an, die im Verlage von Julius Springer, Berlin, unter dem Titel **„Fabrikpflege“**, ein Beitrag zur **„Betriebspolitik“** erschienen ist. Verfasserin ist Dr. Frieda Wunderlich, Mitherausgeberin der Zeitschrift „Soziale Praxis“.

Dr. Wunderlich wirbt in dieser Schrift für die Ausbreitung einer Einrichtung in Deutschland, die geeignet ist, den Solidaritätsgedanken in der Arbeiterschaft zu untergraben.

Unter Fabrikpflegerinnen werden nämlich von Unternehmern angestellte und bezahlte Frauen verstanden, die ein Bindeglied darstellen sollen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, die sich um das persönliche Wohl der einzelnen Arbeitnehmer — auch der Familie — kümmern, für die richtige Verteilung der Arbeitsplätze (insbesondere bei den Arbeiterinnen), um Einstellungen und Entlassungen, um die Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebes, das Verhalten der Arbeiterinnen im Betriebe, das Verhalten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer im Betriebe, um zweckmäßige Lektüre für die Arbeitskräfte, um ihre Unterhaltung und Fortbildung nach Feierabend und um anderes mehr kümmern soll. Ueber die Fabrikpflegerinnen — und durch sie veranlaßt — sollen auch eventuelle besondere Zuwendungen des Unternehmers für in Not geratene Arbeitnehmer oder ihre Angehörige gehen.

Angehörige der Arbeiterschaft, die die Ursachen kennen, die zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer geführt haben und die über das derzeitige Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern informiert sind, werden zugeben, daß die Durchführung der Absicht nur möglich ist in Betrieben, wo die Arbeitnehmer keine Kraft aufbringen können, um sich Bevormundungen und Eingriffen in die persönliche Freiheit durch den Unternehmer und seine Beauftragten zu widersetzen. Dr. Wunderlich erweckt in ihrer Schrift den Eindruck, als zweifle sie stark daran, daß die Arbeiterschaft ohne Bevormundung durch Menschen aus anderen Gesellschaftsschichten wertvolle Glieder der menschlichen Gesellschaft sein können. Sie übersieht ganz, daß vermeintliche und auch tatsächlich vorhandene schlechte Eigenschaften in der Regel ihre Ursache in dem harten Kampf ums Dasein finden, den leider die Angehörigen des Proletariats oft genug von der Wiege bis zum Grabe zu führen haben, daß diese Eigenschaften am erfolgreichsten bekämpft werden können durch den Solidaritätsgedanken, der untergraben werden würde, falls das, was in der Schrift als empfehlenswert bezeichnet wird, Wirklichkeit würde.

Der Hinweis auf das, was an Fabrikpflege im Auslande, in der Hauptsache in Amerika und in England vorhanden ist und wie die Einrichtung dort wirkt, kann für die Beurteilung in Deutschland nicht maßgebend sein. In Amerika wird die Arbeit und werden die Arbeiter aus einer Reihe von Gründen anders bewertet als in Deutschland. In Amerika sind die Fabrikpflegerinnen selbst nach den Schilderungen von Dr. Wunderlich nicht in dem Maße Wohlfahrtspflegerinnen mit der Absicht, persönliche Fürsorge am einzelnen auszuüben, wie es für Deutschland beabsichtigt ist. Wie weit trotzdem die Arbeiterschaft sich ablehnend verhält, steht noch nicht fest. In England aber besteht z. T. starke Gegnerschaft gegen die Einrichtung. Dr. Wunderlich schreibt selbst darüber: „Als größte Gefahr sieht man in England die Einrichtung von Wohlfahrtsabteilungen in solchen Fabriken an, in denen der Wille zur Besserung der menschlichen Beziehungen nicht besteht.“ (Seite 46 der Schrift.)

Dieser Satz dürfte auch für die Beurteilung der Einrichtung durch die deutsche Arbeiterschaft das Richtige treffen. Die deutsche Arbeiterschaft hat mit der Wohlfahrtspflege durch Unternehmer in der Regel solche Erfahrungen gemacht, daß sie ihnen selbst durch Fabrikpflegerinnen nicht schmackhafter werden würde.

Aus der Kräfte schön vereintem Streben
erhebt sich wirkend erst das wahre Leben.
Schiller.

Inhalt: Ein verfehlter Schiedsspruch. — Die Sächsische Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1925. — Zum Parteistreit in Sachsen. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1925 (I.). — Arbeitslohn und Arbeitszeit in der englischen Textilindustrie. — Beendigung des Streiks in der Leonischen Textilindustrie in Bayern. — Probleme des Arbeitsmarkts. — Frauenteil. — Gewerkschaftliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Gewerkschaftliches.

Bildungswesen.

Arbeitsrechtlicher Informationskursus.

Die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule in Leipzig, Leipzig S. III, Bornaische Str. 108 (Anschrift Gertrud Hermes), veranstaltet vom 16. bis 18. September 1926 in Düsseldorf einen arbeitsrechtlichen Informationskursus, der sowohl den arbeitsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Lehrern an Arbeiterbildungsanstalten als auch allen denjenigen, die mit der arbeitsrechtlichen Praxis zu tun haben, als Information dienen soll.

Oertlichkeit und Beginn der Vorträge werden noch bekanntgegeben.

Teilnehmen können auch Gewerkschaftssekretäre und Gewerkschaftsfunktionäre. Teilnehmergebühr 5 Mk., einzusenden an die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule in Leipzig, Leipzig S. III, Bornaische Str. 108, zu Händen von Gertrud Hermes. Die Zusendung der Teilnehmerkarte erfolgt von dieser Stelle.

Wegen Unterkunft wird gebeten, sich an das Bezirkssekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Rheinland-Westfalen-Lippe in Düsseldorf, Wallstr. 10, zu wenden.

Studienplan:

16. 9. vormittags: Dr. Hugo Sinzheimer: Das Arbeitsrecht im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang;
nachmittags: Dr. Georg Flatow: Der heutige Stand des Arbeitsrechts;
Dr. Heinz Potthoff: Der von der Arbeiterschaft zu fordernde Ausbau des Arbeitsrechts;
17. 9. vormittags: Clemens Nörpel: Gewerkschaften und Arbeitsrecht;
nachmittags: Dr. Lutz Richter: Der arbeitsrechtliche Unterricht;
18. 9. vormittags: Besichtigung der staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf.

Wir empfehlen die Teilnahme an dieser Veranstaltung, die Kosten gehen zu Lasten der Teilnehmer bzw. der entsendenden Verbände resp. Ortsausschüsse.

Industrieverband der Nahrungsmittelarbeiter.

Der deutsche Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband in Hamburg hat in seiner Beiratssitzung vom 28. Juni nach einer vorhergehenden Urabstimmung beschlossen, sich mit dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands zum Industriearbeiterverband zusammenzuschließen.

Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat auch zu der Frage Stellung genommen und beschlossen, sich mit den genannten Verbänden zu vereinigen. Der neue Industrieverband wird nach Erledigung der vorhandenen Vorarbeiten mit über 130 000 Mitglieder ins Leben treten. Er umfaßt die Brauereiarbeiter, samt den Arbeitern der übrigen Getränkeindustrie, die Mühlenarbeiter, die Süßwarenindustrie sowie die Fleischer samt den Arbeitern der Fleischwarenindustrie.

Am 1. August vollzieht sich ferner noch die Verschmelzung des Verbandes der Porzellan- und Glasarbeiter Deutschlands mit dem Fabrikarbeiterverband. Durch die Verschmelzung der obengenannten Verbände ist man wiederum einen großen Schritt vorwärts gekommen, auf dem Wege zur Industrie-Organisation.

Berichte aus Fachkreisen.

Bielefeld. Die Filialverwaltung für Bielefeld und Umgegend veranstaltete am Sonnabend, dem 17. Juli, eine Jubiläumsfeier verbunden mit der Ehrung von sieben Verbandsjubilaren, welche 25 und mehr Jahre dem Deutschen Textilarbeiterverbande ununterbrochen angehören. Die Veranstaltung in dem festlich geschmückten großen Saale der Eisenhütte war von unseren Mitgliedern und deren Angehörigen sehr gut besucht. Konzertstücke der Zivilberufsmusiker sowie Gesangsvorträge eines Quartetts der Arbeitersänger wechselten ab mit von unserer Jugendgruppe vorgeführten Reigen, sowie mit Vorträgen von Liedern zur Laute und plattdeutschen Deklamationen.

Zur Einleitung der offiziellen Feier sprach die Kollegin Henny Schwarze einen der Bedeutung der Feier entsprechenden Prolog. Unser Gauleiter Kollege Schöller aus Hannover hielt die Festrede und hob in seiner Ansprache besonders hervor, welche Fortschritte die Textilarbeiterschaft in den wenigen Jahrzehnten des Bestehens des Deutschen Textilarbeiterverbandes in sozialer und kultureller Beziehung trotz aller Widerstände des Unternehmertums gemacht habe und würdigte besonders die unter den schwierigsten Umständen geleistete aufopferungsvolle Arbeit der Kollegen, welche seit ihren jungen Jahren treu zu ihrer Organisation gehalten haben. Kollege Schöller beglückwünschte die sieben Kollegen, welche seit 25 und mehr Jahren dem Verbande ununterbrochen angehören zu ihrem Ehrentage und überreichte ihnen dann im Auftrage des Hauptvorstandes die von demselben gestiftete Ehrenurkunde. Geschäftsführer Kollege Bierwirth begrüßte die Jubilare im Namen der Filialverwaltung und wünschte, daß allen vergönnt sein möge noch lange mit den Jubilaren in gemeinsamer Arbeit zusammen arbeiten und wirken zu können wie dies in den 25 Jahren der Fall gewesen sei. Im Namen des Filialbezirks wurde den Jubilaren noch ein besonderes Geschenk überreicht. Kollege Adolf Voigt dankte im Namen der Jubilare und ersuchte den Gauleiter Kollegen Schöller, dem Zentralvorstande den Dank der Jubilare zu übermitteln. Die Ausführungen der drei Redner fanden begeisterten Beifall bei allen Festteilnehmern. Ein begeistertes Hoch auf die Jubilare sowie auf den Deutschen Textilarbeiterverband schloß die offizielle Feier des Tages. Sodann wechselten Musikstücke, Gesangsvorträge, Lieder zur Laute und Deklamationen in schneller Reihenfolge miteinander ab. Das aufgestellte Programm verschaffte allen Festteilnehmern genußreiche Stunden. Später begann ein gemütliches Tänzchen, welches die Jubilare sowie Mitglieder und Gäste noch einige Stunden in froher Stimmung zusammenhielt und vor allen der Jugend zu ihrem Recht verhalf. Um 2 Uhr nachts fand die Jubiläumsfeier ihren Abschluß. Dieselbe war über Erwarten sehr gut gelungen und so gingen die Festteilnehmer mit dem Versprechen nach Hause, in treuer Pflichterfüllung auch fernerhin zusammenzustehen und der Verbandstreue der Jubilare nachzueifern.

Den Kollegen und Kolleginnen nebst deren Angehörigen, wird die gut gelungene Feier in freudiger Erinnerung bleiben. Allen Kollegen und Kolleginnen, sowie allen denjenigen, welche ihre Kräfte zum guten Gelingen der Feier zur Verfügung stellten, sei an dieser Stelle bestens gedankt.

Burkhardtsdorf. Am 17. Juli fand im Auenberg die Ehrung unserer 26 Jubilare statt. Der Besuch war ein guter und das Gebotene verkörperte einen hohen Kunstwert. Der Gesangverein „Freiheitsklänge" hatte sich in anerkennenswerter Weise mit in den Dienst der Feier gestellt. Die Orchesterleistungen wurden vom hiesigen Musikchor (Leitung Keller) geboten. Die Rezitation in dem kombinierten Stück „Der Wanderer" wurde von der Kollegin Martha Hahn ausgeführt, wofür ihr am Schluß durch Ueberreichung von Blumen gedankt wurde. Die Kollegin Erna Uhlig trug einen Prolog „An die Jubilare" in anerkennenswerter Weise vor.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Jäckel, hatte die Festrede übernommen. In fast einstündiger Ausführung behandelte er das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaften und dankte den Jubilaren für die bewiesene Treue. Kollege Uhlig richtete noch einige Worte an die Versammelten und sprach den Jubilaren den Dank der Ortsverwaltung aus, er verlas die Namen der Jubilare und ließ die Gedenkblätter überreichen. Kollege Hofmann dankte im Namen der Jubilare. In einem darauffolgenden Tänzchen wurden die Kollegen und Kolleginnen noch einige Stunden in trauter Einmütigkeit beisammen gehalten. Den jüngeren Verbandsmitgliedern aber rufen wir zu: nehmt euch ein Beispiel an den Alten und bewahrt der Organisation die Treue in eurem eigenen Interesse.

Breslau: Die Bezirksfiliale Breslau hat am 11. Juli 1926 einen Sommerausflug nach dem Zoptengebirge gemacht. Bei dem Ausflug war die Frauengruppe bis auf zwei Kolleginnen vollzählig erschienen. Im Herbst soll auf Wunsch wiederum ein derartiger Ausflug unternommen werden.

Gelenau. Die Generalversammlung der Filiale Gelenau, die am 17. Juli im Gasthof „Obergelenau" stattfand, konnte besser besucht sein. Eine Anzahl Delegierter scheint es mit ihrer Pflicht nicht allzu ernst zu nehmen. Nachdem die Mandatsprüfungskommission gewählt war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Kollege Oettel gab den Kassenbericht vom 1. und 2. Quartal. Eine Aussprache hierzu wurde nicht gewünscht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Am Schlusse des 2. Quartals war im Filialbereich ein Mitgliederbestand von 2844 vorhanden. Hierauf ergriff der Kollege Uhlig das Wort zu seinem Vortrag: „Die Entwicklung des Arbeitsrechts unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsvertrages". In vortrefflicher Weise gibt der Vortragende ein anschauliches Bild über den Entwicklungsgang des Arbeitsrechts. Aus seinen Ausführungen war zu ersehen, wie sich das Proletariat unter den schwierigsten Verhältnissen, alle Hemmnisse überwindend, in jeder Hinsicht rechtlos zu seiner heutigen Stellung emporgerungen hat. Trotz der sichtbaren Erfolge darf aber die Arbeiterschaft nicht ruhen, bis unser Ziel, der Sozialismus, erreicht ist. Nur dann wird für die Arbeitenden ein wirklich freies Recht herrschen. Nur dann wird der Arbeiter als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft gelten.

Als nächstes Ziel auf dem Gebiete des Arbeitsrechts gelte, den Staat zu drängen, sein Versprechen in der Verfassung Art. 157 einzulösen und die Vorlagen zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts nunmehr endlich an den Reichstag gelangen zu lassen. Der heutige Zustand, daß die arbeitsrechtlichen Bestimmungen in unzähligen Gesetzen und Verordnungen zerstreut sind, macht eine Uebersichtlichkeit auf diesem Gebiete zur Unmöglichkeit.

Es ist nicht zu verstehen, daß der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Arbeitsrechtsausschuß seine Tätigkeit eingestellt hat, nachdem er lediglich Entwürfe eines Arbeitsgerichtsgesetzes eines Arbeitstarifgesetzes und eines Arbeitsvertragsgesetzes ausgearbeitet hat. Die Regierung scheint es also mit der Einlösung ihres Versprechens, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, nicht sehr eilig zu haben. Die Arbeiterschaft wird durch Stärkung der Gewerkschaften dafür sorgen müssen, daß es auch auf diesem Gebiete vorwärts geht. Nach Kenntnisnahme einiger Eingänge, wurde die Versammlung, mit der Aufforderung für die Organisation neue Mitstreiter zu werben, geschlossen.

Greiz. (3. Vertreterversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Greiz und Umgebung.) In der luftigen und geräumigen Turnhalle der „Freien Turn- und Sängervereinigung" Mohlsdorf waren am Sonntag, den 18. Juli die Vertreter aus dem gesamten Filialbezirk zusammengekommen, um den Bericht über das verflossene Quartal entgegenzunehmen, zum anderen auch über wichtige Organisations- und Branchenfragen zu beraten. Der Kollege Hertel wies auf die gescheiterten Lohnverhandlungen mit dem Webereiverband hin, die den tariflosen Zustand herbeiführten. Die Folge sei, daß die niedrigen Löhne von Januar-Februar d. J. auch heute noch gezahlt werden. In Mittel- und Westsachsen hatte der Industriellenverband den Textilarbeitern einen Lohnabbau der Zeit- und Akkordlöhne zugedacht. Konnte unsere Forderung auf Lohnerhöhung nicht durchgesetzt werden, so gelang es doch den allgemein geplanten Lohnabbau zu verhindern. Das letztere wurde erst erreicht nach einer Reihe von Verhandlungen und Vermittelung zweier Schlichtungsbehörden. Leider ist es einigen Unternehmern trotzdem möglich gewesen, über den Weg verschleierter Betriebsstillegung die Not der Arbeiterschaft ausnützend, Lohnabbau durchzusetzen. Hatten hier einige Unternehmer Erfolg zu buchen, so war dies nur möglich durch die Interessenlosigkeit vieler Textilarbeiter, die alle Solidarität und Disziplin über Bord werfend, aus dem Deutschen Textilarbeiterverband ausgetreten waren.

Große Schwierigkeiten waren in der Spinnfaser A.-G., Elsterberg zu überwinden. Auch dort war ein allgemeiner Lohnabbau von 20 Proz. geplant. In Verhandlungen ließ diese Firma den Abbau der Löhne für die Männer fallen und beschränkte sich nur noch auf die Frauenlöhne. Ein diesbezüglicher Aushang der Direktion erhielt die einzig richtige Beantwortung seitens der Frauen, sie weigerten sich, für Löhne weiter zu arbeiten, die 10 Pf. unter ihren bisherigen lagen. Fast drei Wochen währte der Streik als sich plötzlich, wahrscheinlich auf Betreiben des Schlichters Brand, Sachsen, der Schlichtungsausschuß Plauen der Sache annahm. Dort gelang es uns nicht vollständig, jedweden Lohnabbau zu verhindern. Der zustandegekommene Schiedsspruch brachte für die Frauen einen Lohnabbau von 4 Pf. Gerne hätte der Deutsche Textilarbeiterverband auch diesen Abbau verhindert; leider waren ihm hierbei Schranken gesetzt, hatten sich doch in der letzten Woche rund 80 Streikbrecher unter den Frauen gefunden. Durch diesen Disziplinbruch fühlte sich die Belegschaft selbst veranlaßt, den gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Der Streik wurde hierauf beigelegt.

In diesem Quartal fanden wiederum mehrere Klagen vor dem Greizer Gewerbegericht und dem Tarifschiedsgericht ihre Erledigung. Eine Entlassungsstreitsache bei der Firma Schwarz und Sohn und eine Ferienstreitsache gegen die Firma Hermann Dietel wurden einige Tage vor dem angesetzten Termin beigelegt; beide Arbeiter kamen zu ihrem vollen Recht. Diese Beispiele lehren immer wieder, daß es weit besser um die Arbeiterschaft bestellt sein könnte, wenn stets voller Gebrauch von den wenigen vorhandenen Rechten gemacht würde. Dies gilt gerade für die Jetztzeit, wo in den Webereien für das Weben schwerer und schwerster Damenmantelstoffe ganz erbärmlich niedrige Löhne gezahlt werden. Ein ungeheures Durcheinander in der Akkordentlohnung ist festgestellt worden. Dasselbe trifft auch auf einstühliges oder zweistühliges Verarbeiten dieser Artikel zu. Nahe beieinander liegende Webereibetriebe arbeiten dieselben Artikel, in dem einen Betrieb einstühlig, während sie im Nachbarbetrieb zweistühlig gearbeitet werden. Mit dem vorhandenen Streichgarnakkordtarif ist bei dem besten Willen absolut nichts anzufangen. Selbst die Unternehmer, die alleinigen Schöpfer desselben, können mit ihm nicht viel anfangen. Diese schweren Artikel, die bekanntlich in den hiesigen Färbereien ausgerüstet werden, führen auch dort bei den niedrigen Löhnen zur größten Schinderei; müssen doch dort diese Warenstücke auf primitive Art und Weise von einer Abteilung zur anderen geschleppt werden. Mit dieser Arbeit werden auch heutigen Tages die Frauen in der Färberei C. G. Jahn nicht verschont. Die Gewerbeaufsicht, die schon wiederholt zwecks Behebung dieser Mißstände angegangen worden ist, hat bisher versagt. Ist durch das Eingreifen der Betriebsräte einiges gebessert worden, so würde zweifelsohne ein besseres Organisationsverhältnis, wie das augenblickliche, mit größerem Nachdruck für Abstellung dieser aufgezeichneten Fälle wirken können. Wir müssen dem Indifferentismus zu Leibe gehen und deshalb immer wieder und unermüdlich für Werbung neuer Mitglieder Sorge tragen. Wenden unsere Funktionäre das täglich vom Unternehmer gelieferte Anschauungsmaterial richtig an, dann kann und wird eine Besserung im Organisationsverhältnis nicht ausbleiben. Die Diskussion hierüber äußert sich im zustimmenden Sinne, ferner stellen sich die Funktionäre zur praktischen Mitarbeit bereit.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstatteten zwei Teilnehmer des Ferienkursus auf Burg Hohnstein Bericht. Dieser wurde mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der sich anschließenden Diskussion wurde einheitlich anerkannt, daß die notwendigen Gelder für dergleichen Kurse gut angelegt seien und bei konsequenter Weiterführung solcher Belehrungen der Erfolg für den Deutschen Textilarbeiterverband und die Textilarbeiterschaft nicht ausbleiben könne.

Von weiteren Beratungen wurde in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit Abstand genommen. Mit dem Wunsche, die Vertreter möchten auch im 3. Quartal mit gleich freudiger Hingabe sich betätigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Liegnitz in Schl. In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 10. Juli in Liegnitz, sprach unser Gauleiter, Kollege Fritsch, über: „Die Entwicklung und jetzige Lage der Leinenindustrie." Der Redner schildert die Entwicklung der Leinenindustrie, die Mitte des vorigen Jahrhunderts namentlich in Schlesien in höchster Blüte stand. Bis Anfang der 80er Jahre wurden in Deutschland rund 1 Million Morgen Flachs angebaut, die bei Kriegsbeginn auf 23 000 Morgen zurückgegangen waren. Die Baumwolle und die ausländischen Flächse hatten im Konkurrenzkampf diesen Rückgang bewirkt. Im Kriege, abgeschlossen von jeder Zufuhr von Faserstoffen, besann man sich wieder auf den Flachs. Es gelang in der Kriegszeit den Flachsbau zu heben, so daß wieder bis 200 000 Morgen angebaut wurden. Mit Hilfe des im Kriege geschaffenen Forschungs-Instituts für Faserforschung in Sorau, wurde der Flachsbau qualitativ verbessert und veredelt. Das Flachsröstverfahren, das Aufarbeiten, Knicken, Brechen, Schwingen, wurde durch technisch verbesserte Maschinen sehr gefördert. Man glaubte auf diese Weise den Konkurrenzkampf gegen andere Faserstoffe wirksamer aufnehmen zu können. Richtig ist, daß Leinenwäsche teurer als Baumwolle ist, aber jede erfahrene Hausfrau wird feststellen können, daß Leinen im Gebrauch fast billiger als Baumwolle ist. Soll doch Leinenwäsche 70—80 Wäschen aushalten, während Baumwolle schon nach 35—40 Wäschen unbrauchbar wird, ganz abgesehen davon, daß schön gepflegte Leinenwäsche der Stolz unserer Frauen ist. Falsch ist es aber, wenn die Leinenindustrie glaubt, den Konsum zu heben, indem sie die kargen Löhne der Flachsröstereiarbeiter noch zu kürzen sucht. Was an Export verloren ist, muß im Inlande von einer kaufkräftigen Arbeiterschaft wettgemacht werden. Wir haben daher dreierlei zu beachten. Die Arbeiter haben die Pflicht, sich durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß bessere Löhne zu erkämpfen um deutsche Erzeugnisse auch selbst kaufen zu können. Das Unternehmertum darf den Blick nicht nur auf das Ausland richten, sondern muß Heimatspolitik betreiben, indem sie den Arbeitern auch einen Lohn zukommen läßt, der sie in den Stand setzt, auch gute, haltbare Waren im Haushalt kaufen zu können. Weiter hat aber auch der Staat die Verpflichtung, Institute zu unterstützen, deren Tätigkeit eine Verbesserung und Verbilligung deutscher Erzeugnisse ermöglicht, wie das bei dem „Forschungsinstitut für Faserforschung" und der „höheren Fachschule für Textilindustrie", beides in Sorau, der Fall ist. Der Preußische Landtag hat sich mit der Sache befaßt und hat einem dahingehenden Antrage unserer Abgeordnetenkollegen, der besondere Hilfe für die Flachs- und Leinenindustrie und ihre Arbeiterschaft verlangte, zugestimmt. Hoffentlich trifft die preußische Regierung baldigst eine entsprechende Entscheidung.

Kollege Fritsch hatte mit seinem Vortrag eine kleine Ausstellung von Leinenerzeugnissen arrangiert, die allseitig bewundert wurde, um so mehr, als die Leinenindustrie hier fremd ist. Liegnitz ist ein Platz für Phantasie-, Woll- und Kunstseidenwaren. Jedenfalls waren die zahlreich erschienenen Versammlungsteilnehmer sehr befriedigt, was auch der reiche Beifall am Schluß bewies.

Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten fand die von Kollegin Höer geleitete interessante Versammlung ihr Ende.

Literatur.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang 1926, Heft 7, 64 S. Preis 1 M. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Das Juliheft der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält einen Artikel aus der Feder des Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes Fritz Tarnow „Die deutsche Wirtschaftsenquete", S. Aufhäuser schreibt über Arbeitsbehörden, Carl Menne über Gewerkschaften und Betriebsräte, Fritz Naphtalie über Kartellpolitik, Dr. Hans Arons über die Regelung der Elektrowirtschaft. Das Heft ist besonders deshalb zu empfehlen, weil in ihm kleinere Aufsätze Aufnahme fanden, die den Inhalt abwechslungsreicher gestalten. Es seien außer den bisher genannten nur noch erwähnt der Aufsatz des Redakteurs L. Erdmann: Sozialismus als Aufgabe; der Artikel von W. Sturmfels: Die Auswahl der Hörer der Akademie der Arbeit und von O. Albrecht: Die Besteuerung der Grundrente.

Eine frühere Munitionsarbeiterin schreibt im Heft 16 der **„Frauenwelt"**: „Die Munitionsarbeiterinnen waren Mütter, und sie trugen Groll in sich, weil Kinder in den Fabriken groß wurden. Sie werden es auch heute sein — es ist nicht anders möglich —, die dem Krieg fluchen, der nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder mordet! Sie werden es sein, die sich aufrecken im Kampf gegen alle Hetzpropaganda gegenüber anderen Völkern und Nationen, jene Hetze, die uns immer wieder dem Krieg nahebringen muß! Wir Frauen aber sind es doch, die den Krieg verhindern können, indem wir die Kinder erziehen im Glauben an eine Versöhnung der Völker und an einen Weltfrieden. So bleibt es unsere vornehmste Aufgabe, den Haß gegen Krieg und Kriegsgeschrei in den Herzen der Jugend zu nähren. Uns fällt diese Aufgabe zu. Uns Frauen!"

Das neue Heft der „Frauenwelt" ist besonders reichhaltig ausgestattet. Der ernste Kampf gegen den Kriegsgedanken steht im Vordergrund. Aber auch für sonstige Belehrung und für Unterhaltung ist Sorge getragen. Guter Bilderschmuck unterbricht die Texte, und die achtseitige Modebeilage bringt viel Schönes und Neues. Die Leserinnen der „Frauenwelt" wird es interessieren, daß bereits im Heft 18 der neue Roman von Eva Klaar „Die vier Tage der Hanne Werth" beginnt. Die „Frauenwelt" ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten und direkt vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. Jedes Heft kostet 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Sorgt dafür, daß die bürgerlichen Frauenzeitungen aus den Arbeiterwohnungen verschwinden und dafür das Blatt der schaffenden Frau, die „Frauenwelt", gelesen wird!

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 8. August, ist der Beitrag für die 32. Woche fällig

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Nordhausen. Der V ist zu streichen. K Otto Schwarz, Salza, Harzstr. 10. Alle Sendungen an den Kassierer.

Gau Stuttgart. Gauleitung. Ferdinand Hoschka, Stuttgart, Wilhelm-Blos-Str. 41, Telephon S. A. 26 977.

Besigheim. Alle Sendungen bis auf weiteres an Karl Herbst, Bietigheimer Str. 45.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Chemnitz. Wilhelm Dietze, Gustav Berger, Elsa Ullmann.
Kamenz. Gustav Hanzsch.
Kirchberg. Martha Wilhelm.
Löbau i. Sachs. Berta Pietschmann.
Urach. Gabriel Löffler.
Zeulenroda. Ferdinand Zschäk, Amalie Brückner, Ludwig Metz, Marie Rabe.

Ehre ihrem Andenken!

Gute Unterhaltungslektüre
zu herabgesetzten Preisen:
Wir liefern, anstatt zum Preise von 7,50 Mark 3 Bücher aus untenstehender Aufstellung nach unserer Auswahl zum Preise von 4 Mark porto- und verpackungsfrei.
Z. B.: Dickens, Oliver Twist; Lagerlöf, Jerusalem; Magnas, Marquise von Pompadour; Scott, Quentin Durward; Björnson, Auf Gottes Wegen; Rosegger, Gottlieb Alcibiades u. v. a.
Ferner:
Zola, Germinal, Kügelgen, Jugenderinnerungen, anstatt 5 nur 3 Mk.
Zola, Nana, Scott, Ivanhoe, anstatt 5,50 nur 3 Mk.
Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.
Abt.: Buchversendung, Berlin O 34, Memeler Straße 8/9.

Verlag: Karl Lübsch in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Drüke in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.